

# Armut im Alter

Warum wir eine Rentenreform brauchen, die einen auskömmlichen Lebensstandard sichert

Bereits im September 2012 hatte die damalige Arbeits- und Sozialministerin Frau von der Leyen festgestellt: „Wer heute weniger als 2.500 € verdient, dem droht Altersarmut“. Da hatte sie Recht und sie hat heute immer noch Recht. Gegenwärtig beziehen nach einem Forschungsbericht, den Ver.di in Auftrag gegeben hat, 44 Prozent aller Beschäftigten ein Bruttoeinkommen von 2.500 € im Monat oder weniger. Wer mit diesem Einkommen auf weniger als 40 Beitragsjahre kommt, rutscht definitiv auf Hartz-IV-Niveau und damit in die Altersarmut.

Und die Bundeskanzlerin nimmt billigend in Kauf, dass das Rentenniveau weiter sinkt: „Wir haben alle Reformschritte bis 2030 gemacht.“ (Merkel am 20.06.2017 auf dem Tag der Deutschen Industrie)

## Was ist bis 2030 geplant?

Das Nettorentenniveau von gegenwärtigen 48,2 Prozent soll bis zum Jahre 2030 nicht unter 43 Prozent sinken. Diese „Haltelinie“ gilt allerdings nach gegenwärtiger Rechtslage nur bis zum Jahre 2030 und wenn sich nichts

ändert, sinkt das Rentenniveau weiter!

## Von welchem Maßstab wird dabei ausgegangen?

Grundlage aller Berechnungen ist die sogenannte „Standardrente“ oder „Modell-Rente“. Diese bezieht sich auf Arbeitnehmer\_innen, die 45 Jahre immer durchschnittlich verdient haben. Gegenwärtig hätten diese Arbeitnehmer\_innen bei dem aktuellen Rentenwert von 31,03 € (wird jährlich anhand der Bruttoverdienste des letzten Jahres festgelegt) einen Rentenanspruch auf 1.396,35 € brutto im Monat.

Davon verbleiben nach Abzug der Kranken- und Pflegeversicherungsbeiträge und nach Abzug der Steuern (IV/ ohne Kinder) netto 1.226,95 €. Und diese Nettorente entspricht gegenwärtig, gemessen an den durchschnittlichen Nettoverdiensten, einem Rentenniveau von 48,2 Prozent.

Bis Anfang der 90er Jahre lag das Rentenniveau noch über 70 Prozent, 1995 bei 53,9 Prozent und 2005 immerhin noch bei 52,6 Prozent.

staatlich geförderte private Rentenversicherung einzuzahlen. Obwohl längst nicht alle Arbeitnehmer\_innen einen Riester-Vertrag abgeschlossen haben, wurde bei der Rentenberechnung allen Beitragszahler\_innen dieser Anteil abgezogen. Inzwischen ruhen etwa ein Drittel aller Verträge, weil sich immer weniger Menschen diese Art der Alterssicherung finanziell leisten können oder ihnen die Anlage zu unsicher ist.

Auch die beitrags- und steuerfreie Entgeltumwandlung (seit 2002) für eine Betriebsrente reduziert die Rente. So kann es verlockend sein, weniger Sozialversicherungsbeiträge zu zahlen, dies senkt aber systemimmanent die Ansprüche aus der gesetzlichen Rentenversicherung. Auch die Arbeitgeber\_innen müssen auf diesen Teil des Arbeitsentgelts keine Beiträge entrichten (ca. 20 Prozent). Gegenwärtig sind sie nicht einmal verpflichtet, den Arbeitnehmer\_innen diesen Anteil für ihre Betriebsrente zu erstatten.

2004, zu Zeiten einer erhöhten Arbeitslosigkeit, wurde zudem der „Nachhaltigkeitsfaktor“ eingeführt, der bei einer ungünstigen Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt eine Rentensenkung bewirkt. Dadurch gab es in den Jahren 2004, 2005 und 2006 keine Rentenerhöhungen, ein erheblicher realer Verlust.

Drastisch gesenkt werden die Renten seit 2001 zudem durch Abschläge bei einer vorzeitigen Inanspruchnahme und seit 1983 (verschärft in den Jahren 2009 und 2014) durch die Einführung der Beitragspflicht zur Kranken- und Pflegeversicherung. In den nächsten Jahren wird die nachgelagerte Besteuerung der Renten zusätzlich die Nettorenten reduzieren.

Mit dem Hinweis, dass Akademiker\_innen ohnehin ein höheres Einkommen haben und deshalb privat vorsorgen können, werden Zeiten eines Hochschul-

## Wodurch wurde das Rentenniveau gesenkt?

Wesentlichen Anteil daran hatte der „Riesterfaktor“, der 2001 eingeführt wurde. Die Arbeitnehmer\_innen wurden von der damaligen rot-grünen Regierung aufgefordert, 4 Prozent ihres Einkommens in eine

Inklusion passiert dann,  
wenn Unterschiedlichkeiten uns ausmachen.  
So wie bei dir.

Unsere Vorsitzende

**Angelika Fiedler**  
ist tot.

Wir sind fassungslos und traurig.

ViHS - Verband Integration an Hamburger Schulen e.V.  
Martin Kunstreich Susanne Siegert  
Berthold Brunner Eva Dörner  
Andrea Lübke Maren Epping Michael Rieger

besuchs seit 2008 nicht mehr bei der Rentenberechnung berücksichtigt. Schlecht sieht es auch für Arbeitslose aus. Die Zeiten der Arbeitslosigkeit wirken sich nur noch geringfügig rentensteigernd aus, Zeiten von Hartz IV seit 2011 gar nicht mehr.

Auf verschiedenen Wegen haben alle Regierungen der letzten Jahre auf die Renten zugegriffen. Deshalb sind für langjährig versicherte Männer (35 bis 45 Versicherungsjahre) die durchschnittlichen Zugangsrenten (Neurenten), die im Jahre 2000 noch 1.111 € brutto betragen, bis zum Jahre 2015 auf 1.047 € gesunken. Immer mehr alte Menschen im Rentenalter sind auf Grundsicherungsleistungen angewiesen. Deren Zahl stieg von 257.734 (2003) auf 536.121 (2015). Und diese Tendenz wird anhalten, denn politisch ist eine grundsätzliche Umkehr nicht in Sicht.

### Warum ist die Rente in Österreich deutlich höher?

In Österreich ist in den letzten Jahren die gesetzliche Rente gestärkt worden. Es gilt folgende Regel: Hat man beim Eintritt in die Regelrente mit 65 Jahren 45 Versicherungsjahre zurückgelegt, so können die Rentner\_innen etwa 80 Prozent ihres durchschnittlichen Bruttoentgelts erwarten. Diese Modellrente beträgt monatlich 1.560 € brutto, 14-mal im Jahr. Das Rentenniveau netto liegt dadurch bei 91,6 Prozent.

Der Beitragssatz ist mit 22,8 Prozent zwar höher als in Deutschland, jedoch zahlen Arbeitgeber\_innen hiervon 12,55 Prozent, Arbeitnehmer\_innen 10,25 Prozent (Deutschland jeweils 9,35 Prozent).

### Warum Frau von der Leyen Recht hat

Wer 2.500 € mtl. brutto ver-

dient, d.h. im Jahr 30.000 €, erwirbt in der gesetzlichen Rentenversicherung pro Jahr 0,8085 Entgeltpunkte. Das sind in 40 Versicherungsjahren 32,34 Entgeltpunkte. Ein Entgeltpunkt wird seit dem 01.07.2017 mit 31,03 € bewertet (aktueller Rentenwert), daraus ergibt sich eine monatliche Bruttorente von 1.003,51 €, nach Abzug der Kranken- und Pflegeversicherungsbeiträge verbleiben 893,63 € im Monat.

In Hamburg werden als Grundsicherung im Alter durchschnittlich 859 € (409 € Grundbetrag und ca. 450 € für Wohnung und Heizung) ausgezahlt. Diesen Betrag bekommt man auch, wenn überhaupt keine Beiträge in die Rentenversicherung eingezahlt worden sind.

Das untergräbt das Vertrauen in das gesetzliche Rentenversicherungssystem!

GERHARD BRAUER

## Rentenentwicklung: WIR machen Druck! Inhaltliche Debatten vor den Bundestagswahlen führen

Keine drei Monate mehr bis zu den Bundestagswahlen! Viele Menschen sind unzufrieden mit der etablierten Politik und rechtspopulistische und rassistische Argumentationen breiten sich zunehmend aus. Für diese Entwicklung und den wachsenden Vertrauensverlust in die Politik gibt es vielfältige Gründe: Die Rentenpolitik der letzten Jahre/Jahrzehnte und die prognostizierte weitere Entwicklung, an der auch der im Juni von der Koalition verabschiedete Kompromiss zur Stärkung der Betriebsrenten kaum etwas ändern wird, haben diesen Vertrauensverlust mit befördert.

Die offenen und verdeckten Rentenkürzungen sind in hohem Maße ungerecht und haben ein Ausmaß erreicht, das nicht hinnehmbar ist und einen Kurswechsel erfordert. Dabei geht es keinesfalls nur um die „BestandsrentnerInnen“. Ohne einen Kurswechsel werden insbesondere die Kolleg\_innen (zunehmend auch der GEW!) betroffen sein, die in den nächsten Jahren und Jahrzehnten in Rente gehen.

Auch die Politik der Gewerkschaften hat in

den letzten Jahren in dieser Frage nicht überzeugt. Inzwischen hat sich beim DGB einiges bewegt. Die Stabilisierung und Stärkung der gesetzlichen Rente soll zu einem die Wahl mitentscheidenden Thema gemacht werden. Diesen Ansatz unterstützen wir mit einer

### Veranstaltung am 12.7., um 18 Uhr im Curiohaus (ABC)

Wir werden in der Veranstaltung die Rentenentwicklung darstellen, den Parteien NN (CDU), Anja Hajduk (Grüne), Cornelia Kerth (Linke), Ronja Schlager (SPD) Gelegenheit zur Darstellung ihrer Positionen geben, aber auch dem Publikum Raum zu Nachfragen und zur Auseinandersetzung mit unseren Forderungen schaffen.

Rentenpolitik geht uns alle an! Wir müssen Druck machen.

Unsere Wahlentscheidung sollten wir von den Absichten der Parteien in dieser Frage mit abhängig machen!

HOLGER RADTKE (BGR)